



Innenausschuss

6. Sitzung (öffentlich)

7. Dezember 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1. Dringliche Frage gemäß § 59 der Geschäftsordnung: | 6 |
| Wie verhält sich der Innenminister bei der Innenministerkonferenz zu dem Vorstoß, Hersteller elektronischer Geräte dazu zu verpflichten, Überwachungsmöglichkeiten für Ermittlungsbehörden vorzusehen? | |
| – <i>Tagesordnungspunkt auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, (siehe Anlage 1)</i> | |
| 2. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) | 8 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800 | |

Vorlage 17/265 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/352 (Bericht der Landesregierung)

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– *Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Tischvorlage; siehe Anlage 2)*

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Einzelplan 03 anzunehmen.

2. Hohe Datenschutzstandards sicherstellen – Wirtschaft bei Umsetzung der Europäischen Datenschutzreform unterstützen! 11

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/803

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation am 25. Januar 2018 nachrichtlich zu beteiligen.

3. Gesetz zur besseren Überwachung gefährlicher Personen – Gefährdergesetz – (Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen) 12

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1285

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1285 abzulehnen.

4. Umsetzung des ganzheitlichen Handlungskonzepts zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus 13

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/370

– *Tagesordnungspunkt auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (siehe Anlage 3)*

5. Jugendkontaktbeamtinnen und –beamten der Polizei Nordrhein-Westfalen **16**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/371

*– Tagesordnungspunkt auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(siehe Anlage 3)*

6. Wie ist der Sachstand bei der „Bosbach-Kommission“? **17**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/372

– Tagesordnungspunkt auf Antrag der SPD-Fraktion (siehe Anlage 4)

* * *

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2018**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
	SPD	<p>Kapitel 03 710 Titelgruppe 60 Titel 812 60</p> <p>Feuerschutz und Hilfeleistung Projekt Förderung des Ehrenamtes in der Feuerwehr Investitionen für Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes in den Feuerwehren</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>2018 von 0 Euro um 500.000 Euro auf 500.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2017 0 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die Arbeit von ehrenamtlichen Kräften ist für einen funktionierenden Brandschutz und Rettungsdienst unerlässlich. Die im Jahre 2014 eingeführte Titelgruppe diente bislang unter anderem der Image- und Personalwerbung sowie der Förderung von Pilotprojekten zur Stärkung des Ehrenamts in der Feuerwehr und wurde im Haushaltsplan der Landesregierung auf 0 reduziert. Die Mittel, die zur Weiterführung der Personalwerbekampagne bestimmt sind, werden zwar auf den Titel 531 00 verlagert. Gleichwohl sind auch weiterhin darüber hinausgehende finanzielle Mittel zum Beispiel für die Förderung von Projekten zur Stärkung des Ehrenamts sinnvoll. Dies gilt insbesondere auch für die Unterstützung von Kinderfeuerwehren.</p>	<p>CDU SPD FDP GRÜNE AfD</p>

2. **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Vorlage 17/265 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/352 (Bericht der Landesregierung)

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– *Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Tischvorlage; siehe Anlage 2)*

Vorsitzender Daniel Sieveke verweist auf das Ergebnis des Berichterstattergespräches in Vorlage 17/378. Als Tischvorlage liege aus rein informatorischen Gründen ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, über den heute jedoch nicht abgestimmt werde, weil es noch weitere Fragen zu klären gebe wie beispielsweise, ob sich noch weitere Fraktionen anschließen. Allerdings sei der Änderungsantrag damit heute offiziell eingebracht. Die Abstimmung über den Änderungsantrag erfolge im Haushalts- und Finanzausschuss.

Verena Schäffer (GRÜNE) fragt im Zusammenhang mit den Planungen der Koalitionsfraktionen zur Einrichtung eines Polizeibeauftragten nach Planstellen im Haushaltsplan für das Jahr 2018.

Sie habe bei der Ausstattung für die Polizei nach den Kosten für die Distanzelektroimpulsgeräte gefragt und begrüße, dass sich die Landesregierung laut ihrer schriftlichen Beantwortung ein Stück vom Koalitionsvertrag absetze und nun zunächst einmal die Sinnhaftigkeit überprüfen wolle.

Der Haushaltsplan enthalte aus ihrer Sicht Fehlentwicklungen beispielsweise bei der Ausweitung der Videoüberwachung und stelle sich vielmehr als extrem visionslos dar.

MD Stefan Mnich (MI) antwortet, der Einzelplan 03 enthalte weder Stellen noch Sachmittel für einen Polizeibeauftragten. Im Zusammenhang mit den Distanzelektroimpulsgeräten führe man einen Prüfauftrag durch, unter welchen Voraussetzungen tatsächlicher und rechtlicher Art solche Geräte eingesetzt werden könnten und sollten. Erst im Anschluss daran werde dann möglicherweise im nächsten Haushalt eine Entscheidung über die Anschaffung solcher Geräte zu treffen sein.

Markus Wagner (AfD) begrüßt die Ankündigung der Einstellung von 2.300 Anwärtern in den Polizeivollzugsdienst. Schon in vergangenen Ausschusssitzungen habe man darüber gesprochen, dass man diese Zahlen mit Blick auf die Abbrecherquote nicht erreichen könne. Daher wolle er wissen, was die Landesregierung beabsichtige, diesem Umstand entgegenzuwirken. Die GdP spreche von durchaus mehr möglichen

Ausbildungsstellen bei den Polizeianwärtern, nämlich 350, um am Ende tatsächlich auf die 2.300 Polizeianwärter zu kommen.

Sodann fragt er nach den Beförderungsstellen und wie die Landesregierung der entstandenen Beförderungspyramide entgegenwirken wolle.

Er möchte wissen, ob man für Einsatzlagen der Polizei die Anschaffung von Toilettenlastwagen vorsehe.

Hartmut Ganzke (SPD) kritisiert, der Haushalt solle mit Blick auf die Schnelligkeit des Haushaltsberatungsverfahrens durchgepeitscht werden, weshalb das Parlament seine Rechte kaum wahrnehmen und die Haushaltspläne durchdringen können.

Die Beschneidung des Innenressorts auf einen fast ausschließlichen Polizeiministerium und für die Feuerwehr halte er für falsch. Bei der Findung seiner Rolle „wildere“ der Innenminister immer wieder in anderen Ressorts. So gebe es Probleme mit Minister Biesenbach, als der Innenminister erkennen müsse, dass er keine Rechte habe, den Richterinnen und Richtern vorzuschreiben, wie sie ihre Arbeit zu tun hätten. Probleme gebe es aber auch mit Minister Stamp, als der Innenminister habe erkennen müssen, dass er nun nicht mehr für die Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie von Menschen, die nach Deutschland kämen, zuständig sei. Selbst Prävention und die Entwicklung von Themen liege in Form der Bosbach-Kommission bei der Staatskanzlei, wo es allerdings nicht in Gang komme. Vielmehr handele es sich um einen „Rohrkrepierer“, wie der Bericht der Staatskanzlei zeige.

Vorsitzender Daniel Sieveke weist auf die Beratung des Zeitplanes zum Haushalt im Ältestenrat hin.

MD Stefan Mnich (MI) antwortet Markus Wagner, am 1. September 2017 hätten 2.300 Studierende begonnen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigten eine geringere Zahl derjenigen, die am Ende fertig ausgebildet im Polizeidienst einträten, weil Menschen die Ausbildung immer wieder aus unterschiedlichsten Gründen abbrächen oder am Ende die Prüfung nicht schafften. Dabei handele es sich um einen völlig normalen Zustand; die 2.300 Plätze würden aber besetzt.

Das Ministerium sehe keinen Beförderungsstau. Zwar sehe der Haushaltsentwurf für das Jahr 2018 keine höherwertigen Stellen für zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im Polizeibereich vor; gleichwohl gebe es aber Beförderungsmöglichkeiten und die Möglichkeit zur unterjährigen Stellenhebung, um zu Beförderungsmöglichkeiten zu kommen.

Er gehe davon aus, dass die Sachmittel für die Polizei ausreichten, um Mittel für die Notdurft der Polizisten bei der Bewältigung eines Einsatzes zur Verfügung zu stellen.

MinDir'in Daniela Lesmeister (MI) ergänzt, nach einer Abfrage bei allen Polizeibehörden werde von diesem Problem nur sehr vereinzelt berichtet. In vielen Fällen miete das Ministerium sogenannte Dixi-Toiletten an. Zudem gebe es eine Absprache mit McDonald's, deren Toiletten zu benutzen. Man werde jedoch definitiv keine Toilettenwagen anschaffen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Einzelplan 03 anzunehmen.

